

Das Pentagon hat unvermeidliche Einsparungen im Verteidigungshaushalt noch einmal hinausschieben können, wird die Schlagkraft der US-Streitkräfte nach Meinung von Experten auf Dauer aber nur erhalten können, wenn es möglichst viel Personal abbaut und sein knappes Geld in von relativ wenigen Spezialisten zu bedienende Hightech-Waffen steckt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 197/13 – 16.12.13**

Nach Meinung von Experten werden die Einschnitte bei den US-Militärausgaben durch den Haushaltskompromiss nur abgemildert

Von J. Taylor Rushing

STARS AND STRIPES, 12.12.13

(<http://www.stripes.com/news/experts-dod-still-faces-cuts-but-dodges-the-work-1.257221>)

WASHINGTON – Eine Expertenkommission, die sich mit dem US-Verteidigungsbudget beschäftigt, hat am Donnerstag den Haushaltskompromiss, auf den sich die beiden Parteien in dieser Woche auf dem Capitol Hill geeinigt haben, und die darin enthaltene Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf 633 Milliarden Dollar genauer unter die Lupe genommen.

Das Urteil der Experten: Der Kompromiss ist nicht so vorteilhaft (für die US-Streitkräfte), wie er zunächst zu sein schien.

Auf der Pressekonferenz lobten die Experten zwar die Einigung auf einen Gesamthaushalt, in dem auch die Verteidigungsausgaben festgelegt wurden; obwohl das Schlimmste verhindert worden sei, müsse sich das Pentagon trotzdem zu umfangreichen Ausgabenkürzungen entschließen.

Russell Rumbaugh, der Mitgesellschafter und Direktor des parteiunabhängigen Stimson Centers (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Henry_L._Stimson_Center), das sich mit den Haushalten des Außen- und Verteidigungsministeriums der USA befasst, sagte zum Beispiel, die Einschnitte in das Budget des Pentagons seien nur dadurch abgemildert worden, dass man sie auf mehrere Jahre aufgeteilt habe.

"Das Schlüsselwort ist dabei, dass die Kürzung der Verteidigungsausgaben nur gestreckt, aber nicht rückgängig gemacht wird," erläuterte Rumbaugh. "Das Verteidigungsbudget wird genau so stark beschnitten, wie das vorgesehen war, es wird nur ein paar Jahre länger dauern."

Nach den Vorgaben des Budget Control Act von 2011 (nachzulesen unter <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112s365enr/pdf/BILLS-112s365enr.pdf>) seien die Verteidigungsausgaben bereits für das Haushaltsjahr 2013 gesenkt worden und müssten auch für das Haushaltsjahr 2014 reduziert werden. Nach dem vereinbarten Kompromiss würde die Kürzung nur etwas geringer ausfallen, als eigentlich geplant war, aber den bereits sehr drastischen Kürzungen des Jahres 2013 entsprechen.

Das Verteidigungsbudget werde in den nächsten vier Haushaltsjahren zwar nur relativ wenig beschnitten, nach Rumbaughs Meinung wird die Kürzung wegen der Inflation aber trotzdem beträchtliche Auswirkungen haben.

"Wegen der aufzehrenden Wirkung der Inflation wird auch das nur mäßig reduzierte Verteidigungsbudget stark an Wert einbüßen. Deshalb werden sich die ursprünglich schon für das Haushaltsjahr 2014 geplanten Einschnitte erst im Haushaltsjahr 2016 voll auswirken. Das Budget wird also langsamer, aber genau so stark schrumpfen."

Das US-Verteidigungsministerium werde aber wenigstens in nächster Zukunft bei neuen Projekten, Programmen und geplanten Veränderungen von stabilen Zahlen ausgehen können, ergänzte Rumbaugh.

"Je mehr die Kürzungen in die Länge gezogen werden, desto leichter sind sie zu verkraften," fügte er hinzu. "Dann lässt sich die Umsetzung der vorgesehenen Kürzungen besser planen."

Pete Sepp, der geschäftsführende Vizepräsident der National Taxpayers Union, (des US-Steuerzahlerbundes, s. http://en.wikipedia.org/wiki/National_Taxpayers_Union), wies darauf hin, dass nach Schätzungen des parteiunabhängigen Congressional Budget Office (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Congressional_Budget_Office) durch den Haushaltskompromiss etwa 75 Prozent der Verteidigungsausgaben in der ersten fünf Jahren leicht ansteigen werden und erst in den nachfolgenden fünf Jahren bei 75 Prozent dieser Ausgaben Einsparungen möglich sind.

Wegen der verschobenen Ausgabenkürzungen würden die Sparmaßnahmen erst entsprechend später greifen, fasste Sepp zusammen.

"Bezogen auf einen Zeitrahmen von 10 Jahren wird das Defizit in den ersten 8 Jahren um 26 Milliarden Dollar ansteigen, aber in den letzten beiden Jahren zu sinken beginnen," ergänzte Sepp. "Das ist sehr wichtig für viele Steuerzahler, die wegen der in Washington herrschenden Ausgabenmentalität 'Gebt das Geld erst einmal aus, über die Rückzahlung können wir uns später Gedenken machen!' sehr besorgt sind".

Nach dem Budget-Deal müssen alle Angestellten der US-Regierung höhere Beiträge für ihre Altersversorgung zahlen, und die US-Kriegsveteranen erhalten eine geringere Rente, wenn sie schon vor Beendigung des 62. Lebensjahres aus dem Dienst ausscheiden. Wie ihr Anwälte befürchten auch viele Veteranen, dass es in Zukunft noch zu weiteren Verschlechterungen kommen könnte.

"Das ist eine riesige Umverteilung, die schon lange ansteht. ... Das Verteidigungsministerium will bei den Personalkosten 30 Milliarden Dollar einsparen, um mehr Geld für Munition und Modernisierungsprogramme zur Verfügung zu haben. Wie diese jetzt eingeleitete Entwicklung fortgesetzt wird, ist aber noch eine offene Frage."

Rumbaugh hält die Reduzierung der Personalkosten zugunsten "traditioneller Militärausgaben" für unvermeidlich. Dieser Reformansatz müsse aber von einer Kommission geprüft werden, die ihr Untersuchungsergebnis frühesten in einem Jahr vorlegen könne.

"Das sind nur der ersten der einschneidenden Maßnahmen, die noch anstehen," vermutet Rumbaugh. "Das ganze Maßnahmenpaket wird wohl kaum schrittweise umgesetzt werden können. Deshalb war es eine Überraschung, dass jetzt schon erste Schritte zu einer Änderung der Ruhestandregelungen eingeleitet wurden, bevor eine Reformkommission Lösungsvorschläge für das Gesamtproblem erarbeitet hat. Es ist zu hoffen, dass es in Zukunft nicht nur kleine Reformschritte, sondern ein

komplettes Reformpaket geben wird. Derart schwierige politische Entscheidungen lassen sich aber nicht nebenbei in Haushaltsberatungen treffen."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Er lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die US-Regierung wird weniger Geld für Soldaten und Kriegsveteranen ausgeben, mit den eingesparten Dollars aber mehr Hightech-Equipment für den Cyberkrieg und viele Drohnen kaufen, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft operieren können. Wozu wird dann noch ein neues US-Lazarett in der Westpfalz für 990 Millionen Dollar gebraucht? Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES[®]

Experts: DOD still faces cuts but dodges the worst

By J. Taylor Rushing

Published: December 12, 2013

Related

WASHINGTON — A panel of defense budget experts on Thursday picked apart the bipartisan budget deal reached this week on Capitol Hill, as well as spending levels set in the new, \$633 billion defense bill.

The experts' verdict: Not all is as it seems.

While praising the progress that was made to reach the overall budget deal and expedite the defense bill, the experts said in a conference call with reporters that a deeper dig into the numbers reveals that the Pentagon will still face significant spending cuts even though it appears to have dodged the worst.

For example, Russell Rumbaugh, a senior associate and director of budgeting for foreign affairs and defense programs at the nonpartisan Stimson Center, said the cuts to the Pentagon budget have been softened by being spread out over several years.

"The most important thing is that it significantly softens the drop in defense spending — the key word there is 'softens,'" Rumbaugh said. "Really, the defense budget is still going down to the same low point it was previously going to go down to, it's just now not going to do it for a couple of years."

Under the original caps set by the 2011 Budget Control Act, the Pentagon's budget has fallen in the current 2014 fiscal year, and also fell in the 2013 fiscal year. But the new budget and defense bill essentially keeps it from falling further, Rumbaugh said, because now the 2014 fiscal budget levels will be the same as in 2013 and the steepest funding decrease will have already happened.

Because the defense budget will be basically flat for the next four fiscal years, however, Rumbaugh said it will actually be falling because of inflation.

"Unfortunately, because of the corrosive effect of inflation, 'flat' really means the defense budget is coming down. So in real terms, it's still going to end up at the same low point it

was scheduled to hit in FY 14, but now it doesn't get there until FY 16. All of which means the budget is slowly but surely eroding."

What the Defense Department got in the new numbers, Rumbaugh said, was stability — knowledge of how much they will have to spend for the foreseeable future as they navigate new projects, programs and changes.

"The longer that cuts are spread out, the easier it is to get there," he said. "This should allow them to do good planning and give themselves a rational plan to get to the bottom."

Pete Sepp, executive vice president of the National Taxpayers Union, pointed out that according to the non-partisan Congressional Budget Office's own estimates, about 75 percent of the defense spending increases in the new budget deal are in the first five years of its implementation, while 75 percent of the savings will come in the last five years.

Like the spending cuts, Sepp said that means the savings are also back-loaded in the deal.

"If you look at the 10-year time horizon for this act, it will actually increase the deficit by \$26 billion over the first eight years of its life. It's only until the last two years that the savings begin to kick in," Sepp said. "That's a major concern for many taxpayers' groups who had been concerned about this 'Spend now, worry about paying for it later' mentality in Congress."

The new budget deal achieves some of its savings by requiring federal employees to pay more towards their retirement funds, and it also lowers benefits for veterans who retire before age 62. Some veterans and military advocacy groups were caught off-guard by that move, and Rumbaugh said it could portend similar future shifts.

"This is a huge deal ... The Defense Department is getting another \$30 billion in spending, but that's being offset with cuts to more expensive DOD personnel," he said. "Frankly, that's what folks have been calling for — a shift away from personnel spending towards more traditional defense spending — munitions, modernization programs. This is the first big move to do that. Whether it protects more is a probably somewhat an open-ended question."

Rumbaugh said he anticipates that future shifts away from pay and benefits spending towards "more traditional" military spending won't be done casually. When it does come, though, he said it will likely come through a commission that is examining how to reform military compensation. A final report from that panel won't come for a year, he noted.

"It's part of a really big moving package," he said. "You're not likely to see these things come out in piecemeal form. This was a bit of a surprise that they did these provisions, but the next step we're looking at is the military retirement compensation reform commission. If we can indulge our grandest hopes for that, that's going to come up with not just cuts, but reform, and will offer a whole package. We're not likely to see such politically difficult decisions made in standard legislation."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern